

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der NATO in Rom sowie EG-Konferenz in Maastricht

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die bevorstehende Gipfelkonferenz der NATO in Rom muß ein Signal dafür sein, daß das Bündnis bereit und in der Lage ist, veraltetes Denken über Bord zu werfen, sich auf die neuen fundamentalen Veränderungen in Europa einzustellen und seinen Beitrag im KSZE-Prozeß zum Aufbau einer dauerhaften europäischen Sicherheitsordnung zu leisten.

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes ist in Europa die Zeit der nuklearen Abschreckungs- und konventionellen Gleichgewichtspolitik vorbei. Es geht jetzt darum, Frieden und Stabilität in ganz Europa durch umfassende politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Zusammenarbeit zwischen den Staaten der KSZE zu gewährleisten, die sich zur Verwirklichung pluralistischer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Menschen- und Minderheitenrechte verpflichtet haben.

Der Deutsche Bundestag erwartet, daß der NATO-Gipfel den positiven Ansätzen der Präsidenten Bush und Gorbatschow weitergehende nukleare Abrüstungsschritte und drastische Reduzierungen im konventionellen Bereich hinzufügt.

2. Den vor uns liegenden Herausforderungen für die Sicherheit in Europa muß jetzt durch den Ausbau gesamteuropäischer Strukturen im Sinne vorbeugender Konfliktverhütung und Streitschlichtung begegnet werden.

In diesem Sinne begrüßen wird die von den Außenministern Baker und Genscher vorgebrachten Vorschläge für einen „Nordatlantischen Kooperationsrat“, auch als einen Beitrag zur Abwehr einer Renationalisierung der Sicherheit in den neuen osteuropäischen Demokratien und den in der UdSSR nach Unabhängigkeit strebenden Republiken sowie zu ihrer Einbeziehung in das Vertragswerk der KSZE und die anderen internationalen Verpflichtungen der bisherigen UdSSR.

Diese Entwicklungen müssen sich auch in der neuen NATO-Strategie niederschlagen. Der Deutsche Bundestag fordert daher von der Bundesregierung, sich auf dem NATO-Gipfel eindeutig dafür einzusetzen, daß die NATO-Strategie

- auf den atomaren Ersteinsatz verzichtet und
- jeden Einsatz von sog. Reaktionsstreitkräften außerhalb des NATO-Vertragsgebietes ausschließt und sich für diese Aufgaben auch nicht der WEU bedient.

3. Bei der Verwirklichung des Ziels, im Rahmen der KSZE gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen zu entwickeln, bleibt die NATO auf absehbare Zeit eine wichtige Stütze europäischer Sicherheitspolitik als ein auf seine Mitglieder begrenztes regionales Verteidigungsbündnis. Sie muß ihren Charakter und ihre Aufgabenstellung aber in dem Maße verändern oder aufheben können, wie sich die KSZE unter Beteiligung der USA, Kanadas und der Sowjetunion bzw. ihrer Nachfolgestaaten zu einem System kollektiver Sicherheit entwickelt, welches Angriffe von außen abwehren sowie Krieg und Bürgerkrieg in Europa selbst verhindern kann.
4. Mit den von Präsident Bush und Staatspräsident Gorbatschow verkündeten Abrüstungsmaßnahmen ergibt sich die Chance eines beschleunigten Abrüstungsprozesses durch einseitige, wechselseitige Abrüstungsschritte, so daß im wesentlichen nur noch über ihre Verifikation verhandelt werden muß.

Der Dynamik dieses Prozesses sollte die NATO durch den vollständigen Verzicht auch auf die luftgestützten taktischen Atomwaffen Nachdruck verleihen.

Die Pläne der NATO, ab Mitte 1995 neue luftgestützte Nuklearwaffen (sogenannte Abstandswaffen) unter anderem in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, müssen aufgegeben werden.

Auch Frankreich und Großbritannien sollten ihre Atomwaffenpotentiale in den Abrüstungsprozeß einbringen, statt sie zu modernisieren.

Darüber hinaus fordert der Deutsche Bundestag insbesondere angesichts der Gefahren, sowohl in einzelnen Republiken der UdSSR als auch in anderen Teilen der Welt (u. a. im Nahen Osten) drastische Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen:

- einen umfassenden Atomteststopp zur Verhinderung der Weiterentwicklung und Weiterverbreitung von Nuklearwaffen,
- einen vollständigen Produktionsstopp für Atomwaffen und atomwaffenfähiges spaltbares Material,
- auf schnellstmögliche Weise gemeinsame Schritte zur international kontrollierten und gesicherten Lagerung für die Unbrauchbarmachung und Vernichtung aller taktischen Atomsprengköpfe in Ost und West, sowie
- den umfangreichen Einsatz von Finanzmitteln der NATO zur Erforschung und Durchführung der (auch für die Um-

welt) gefahrlosen Beseitigung der zigtausend Atomsprengköpfe in Ost und West.

Mit anderen Worten: Statt zur Weiterentwicklung von Nuklearwaffen ist das vorhandene wissenschaftliche und technische Potential zu ihrer Beseitigung einzusetzen.

5. Da die Kriterien des Ost-West-Konfliktes nicht mehr gelten, muß die NATO für die Fortsetzung der konventionellen Abrüstung neue Kriterien dafür entwickeln, wie durch Umstrukturierung und drastische Reduzierung der Streitkräfte strukturelle Angriffsunfähigkeit in ganz Europa erzielt werden kann. Das Bündnis hat gegenüber den meisten anderen europäischen Staaten den Vorteil politischer Stabilität und einer überlegenen Ökonomie, den es auch für die Hilfe bei der Umstrukturierung und Rüstungskonversion zu nutzen gilt. Dabei sollte die Konversion bzw. der Abbau der für Rüstungsexporte genutzten Kapazitäten besondere Priorität haben.

Wir erwarten daher vom kommenden Gipfel einen konstruktiven Beitrag für eine Abrüstungsdynamik auch im konventionellen Bereich.

Die NATO sollte sich verpflichten, für die weiteren Verhandlungen aller KSZE-Mitglieder über konventionelle Abrüstung (CFE II) bis zur nächsten KSZE-Konferenz 1992 konkrete Vorschläge zur regional ausbalancierten strukturellen Angriffsunfähigkeit der europäischen Staaten untereinander und zu ihrer vertraglichen Absicherung vorzulegen.

Bonn, den 6. November 1991

Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

